

LANDES-INNUNGSVERBAND
FÜR DAS BAYERISCHE BÄCKERHANDWERK



**Bericht des Landesinnungsmeisters
Heinrich Traublinger, MdL a. D.**

anlässlich der

**Mitgliederversammlung des
Landes-Innungsverbandes für das
bayerische Bäckerhandwerk**

am 25.04.2010 in Augsburg

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede!

- **Begrüßung** aller Delegierten und Ehrengäste.
- **Begrüßung des Festredners**, Markus Ferber, Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- **Begrüßung der Grußwortredner**
Jürgen Schmid, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben **und**
Peter Becker, Präsident des Zentralverbands des Deutsche Bäckerhandwerks

EINLEITUNG – **MUT FÜR DIE ZUKUNFT FASSEN**

Wirtschaftskrise vielfach nicht fühlbar

Glaubt man den Statistiken, dann ist die weltweite Wirtschaftskrise im Handwerk und auch bei den Verbrauchern gar nicht so richtig angekommen. Die befürchteten Einbrüche im Konsum sind ebenso ausgeblieben wie die prophezeite Massenarbeitslosigkeit.

Heimischer Markt relativ stabil

Die Realität sieht vielfach nüchterner aus. Viele Betriebe haben eine existenzielle Krise durchgemacht. Vor allem die „Global Player“ mussten zum Teil einen beträchtlich Aderlass hinnehmen. Der heimische Markt hingegen hat vielfach durch eine enorme Stabilität überzeugt, die sicherlich auch auf das ebenso beherzte wie mutige Gegensteuern der Politik zurückzuführen ist. Nur so ist es erklärbar, dass diese Krise – zumindest hier bei uns in Deutschland – bei vielen Menschen gar nicht richtig angekommen ist. Die überall auf der Welt installierten Konjunkturprogramme haben gegriffen. Arbeitslosigkeit, Not und Hoffnungslosigkeit konnten für viele Menschen verhindert werden. Der Preis dafür wird jedoch uns und unsere nächste Generation auf Jahre und Jahrzehnte hinaus belasten.

Positive Konjunkturprognosen

Die Konjunkturerwartungen der Konsumenten sind derzeit laut GfK-Konsumklimastudie stabil. Die jährliche Konjunkturumfrage der Zeitschrift „Le-

bensmittel Praxis“ zeigt sogar einen leichten Aufwärtstrend. Das gibt Hoffnung, dass auch die realen Konsumausgaben – unter Annahme eines nur moderaten Anstiegs der Arbeitslosigkeit – in 2010 erneut leicht steigen. Die jüngste Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute lautet für 2010 auf 1,4 % Wachstum. Man geht davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft langsam von der Rezession erholt. Da wir Bäcker vom täglichen Konsum direkt abhängig sind, ist diese Prognose für uns ein wichtiges Signal der Hoffnung.

Situation im Bäckerhandwerk

Die Umsatzentwicklung des bayerischen Bäckerhandwerks im letzten Jahr war insgesamt zufriedenstellend. Das vierte Quartal 2009 war sogar das beste Jahresendquartal seit vielen Jahren. Der Quartalsumsatz lag zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder über 600 Mio. € bei einem Gesamt-Jahresumsatz von nominal 2,325 Mrd. €, was einem Anstieg um gut einem halben Prozent entspricht. Damit erwirtschafteten wir in Bayern 18,1 % des Umsatzes aller deutschen Handwerksbäckereien. Auch die Zahl der Beschäftigten wuchs – nach Köpfen – leicht auf knapp 49.000 Beschäftigte an. Das entspricht einem Plus von mehr als 850 Beschäftigten und fixiert den Anteil Bayerns an der Gesamtzahl der Beschäftigten im bundesdeutschen Bäckerhandwerk auf 16,8 %.

Statistische Daten

Die Ergebnisse unserer diesjährigen LIV-Frühjahrsbefragung bestätigen diese Trends:

- Der **Durchschnittsumsatz** pro Betrieb ist um rund 3 Prozentpunkte auf 747.100 Euro gestiegen.
- Die **Gewinnquote** stieg leicht von 3,7 Prozent auf 3,9 Prozent des Umsatzes.
- Die **Zahl der Mitarbeiter pro Betrieb** entwickelte sich ebenfalls leicht nach oben auf durchschnittlich 15,7 pro Betrieb.
- Rund 68 Prozent aller Befragten haben in ihren Betrieben **Investitionen getätigt**, das sind 4 % mehr als im Vorjahr.
- Das **Preisniveau** blieb unterm Strich stabil. Die übergroße Mehrheit der Befragten (74 %) hat die Verkaufspreise in 2009 halten können; ein gutes Viertel (26 %) gibt sogar an, das Preisniveau angehoben zu haben.

- Nur die **Nachfrage-Entwicklung** hatte einen leichten Einbruch zu verzeichnen und
- Die **Zahl der Verkaufsstellen** blieb bei den befragten Betrieben nahezu unverändert. Zum Hauptgeschäft gesellen sich im Durchschnitt 3,6 Filialen dazu. Die Gesamtzahl liegt bei den befragten Betrieben demnach bei 4,6 festen Verkaufsstellen.

Auch wenn man bedenken muss, dass traditionell die größeren bzw. die im Markt besser verankerten Betriebe überproportional an der Frühjahrsbefragung teilnehmen und die kleineren den Fragebogen öfter unbeantwortet lassen scheint dennoch die Aussage gerechtfertigt, dass es wieder nach oben geht.

LEHREN AUS DER KRISE

Bürgerliches Lager hat hinzugewonnen

Seit unserer letzten Mitgliederversammlung hat sich die politische Landschaft im Bund und in Europa verändert. Mit der Bundestagswahl vom 27. September letzten Jahres wurde nach über zehn Jahren Allein- und Mitregierung der SPD wieder eine bürgerliche Regierung installiert. Auch in Europa hat sich der Abstand der bürgerlich-konservativen Volkspartei (EVP) zu den Sozialisten prozentual vergrößert. Beides hat neue Impulse gegeben und neue Richtungen aufgezeigt.

Beherrschtes Eingreifen der Politik

Die Weltwirtschaftskrise hat auch für die Politik ganz besondere Herausforderungen mit sich gebracht. Mit dem üblichen Instrumentarium war diesen außergewöhnlichen Ereignissen nicht beizukommen. Man muss der Bundesregierung – und zwar der alten ebenso wie der amtierenden – Respekt zollen, dass sie ohne Zögern und beherrscht nicht am Symptom rumkuriert, sondern weitreichende Grundentscheidungen getroffen hat. Wenn dabei einige Dinge nicht ganz zu Ende gedacht oder andere durch unerwünschte Nebeneffekte begleitet wurden, so mag das dem Ausmaß und der Neuartigkeit der Krise geschuldet sein, schmälert aber nicht die Verdienste der Regierung.

Bürger haben Vertrauen

Die wohl wichtigste vertrauensbildende Maßnahme war das Versprechen unserer Bundeskanzlerin, dass der Staat für die Spareinlagen bürgt. Insider wissen, dass er dies angesichts der gigantischen Summe im Ernstfall gar nicht gekonnt hätte. Die Bürger hingegen haben Vertrauen in dieses Versprechen gehabt und so ist genau das eingetreten, was erreicht werden sollte: Das Abräumen der Sparkonten unterblieb und das Geld ist im Wirtschaftskreislauf geblieben, so dass Staat und Wirtschaft gestärkt wurden.

Nicht alles verlief optimal

Natürlich kann man im Nachhinein die allzu hastige Einführung der Abwrackprämie kritisieren, die sich jetzt in einer enormen Flaute am Reparaturmarkt äußert. Und natürlich kann man kritisieren, dass der Staat die Hypo-Real-Estate mit 102 Mrd. Euro Beihilfen und Garantien gestützt und letztlich verstaatlicht hat. Aber man darf nicht vergessen, was die Alternative gewesen wäre: Ein totaler Zusammenbruch der Marktwirtschaft bzw. im Fall der HRE ein Zusammenbruch des staatlichen Rentensystems, welches maßgeblich über die HRE abgesichert war und ist.

Handwerk relativ krisensicher

Und ein Weiteres ist deutlich geworden: Trotz aller tragischen Entwicklungen im Einzelfall bis hin zu Insolvenzen und Arbeitsplatzverlusten hat sich der Mittelstand und hier ganz besonders das Handwerk als stabilster Wirtschaftszweig schlechthin erwiesen. Betrachten Sie den Arbeitsplatzabbau in den großen Industrieunternehmen, die Pleitewelle im Bereich des Handels oder den Werteverlust im Bankensektor. Kein Bereich ist vielseitiger aufgestellt, bodenständiger organisiert und solider finanziert und haftungsrechtlich abgesichert als das Handwerk. Das macht diese relativ große Krisensicherheit aus.

WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ

Neue Impulse zum Jahresbeginn

Die Bundesregierung hat mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz Ende letzten Jahres wichtige Weichenstellungen vorgenommen.

- Verbesserungen bei der Erbschaftsteuer in Bezug auf Firmenübergaben: Die Haltefrist wurde auf 5 Jahre verkürzt und die Lohnsumme reduziert; beides von uns vehement gefordert.
- Erhöhung des Freibetrags für die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern – auch dies eine Handwerksforderung. Zwar wurde nicht der Betrag erreicht, den wir wollten, aber immerhin hat sich etwas bewegt.
- Mit der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen wurde eine Entlastung erreicht, die – wenn überhaupt – nur deshalb kritisiert werden kann, weil man das Handwerk nicht mit einbezogen hat. Es gibt viele Bereiche im Handwerk, die in gleicher Weise dienstleistungsintensiv sind und eine finanzielle Entlastung gut hätten gebrauchen können. Auf jeden Fall hat die vorgenommene Korrektur erst einmal die bereits sehr konkret gewordenen Überlegungen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer in Verbindung mit einer Vereinheitlichung auf 19 % oder – mit Berufung auf EU-Vergleiche – auf 25 % beiseite gedrängt. Wir sind uns aber bewusst, dass die Verteidigung des reduzierten MwSt.-Satzes für Lebensmittel ein Dauerthema sein wird.

Der eingeschlagene Weg muss weiter gegangen werden. Wir haben zahlreiche Baustellen, wo verantwortliches Regierungshandeln erforderlich ist.

Belebung des Arbeitsmarktes

Am Arbeitsmarkt muss einiges neu geregelt werden. Vor allem der Faktor Arbeit muss entlastet werden.

Hartz IV durchforsten

Darüber darf jedoch die notwendige Anpassung der für verfassungswidrig erklärten Regelsätze für Kinder beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV) nicht vergessen werden. Generell muss das gesamte Leistungsspektrum für sog. „Hartz-IV-Empfänger“ vorbehaltlos überprüft werden. Ziel muss dabei sowohl eine bedarfsgerechte Leistungsgewährung als auch eine Zügelung der Kosten sein.

Diskussion um Mindestlohn beenden

Und drittens erwarten wir, dass die unsägliche Diskussion um den Mindestlohn endlich aufhört. Der Mindestlohn ist und bleibt ein Job-Killer. Wir lassen uns das

Leistungsprinzip nicht aus unseren Tarifverträgen herausstreichen. Wer etwas kann und etwas leistet, muss mehr bekommen, als andere, die diese Faktoren nicht erbringen. Wenn es im Einstiegsbereich etwas abzufedern gibt, dann ist das Sache der Sozialpolitik. Die Unternehmen sind nicht die Milchkuh der Nation, die man unbegrenzt melken kann.

Kein gemeinnütziger Arbeitsmarkt

Auch ein gemeinnütziger Arbeitsmarkt ist mit uns nicht zu machen. Die Ein-Euro-Jobs sind eine potentielle Gefahr für ordentliche Beschäftigungsverhältnisse. Hier besteht ebenfalls aktueller Handlungsbedarf.

Lohnzusatzkosten eindämmen

In Bereich der Sozialpolitik sind die Krankenversicherungsbeiträge mittlerweile zu einem kaum mehr zu tragenden Kostenblock angewachsen –gerade im personalintensiven Handwerk. Es ist dringend an der Zeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Lohnzusatzkosten zu ergreifen. Einen weiteren Anstieg können wir uns in der jetzigen wirtschaftlichen Situation nicht mehr erlauben.

Krankenversicherung reformieren

Ob die Einführung einer Kopfpauschale, wie sie Bundesgesundheitsminister Rösler favorisiert, die Lösung bringt, wage ich zu bezweifeln. Viel wichtiger ist meiner Meinung nach die Wiedereinführung von Wettbewerb unter den Krankenversicherern. Man muss den Kassen das Recht zurückgeben, ihren Beitrag selbst festzulegen. Dann kann der Versicherte bei Beitragserhöhungen von seinem mittlerweile eingeübten Recht des Kassenwechsels schnell Gebrauch machen. Einen besseren Anreiz für sparsames Wirtschaften bei den Kassen gibt es nicht. Allerdings ist unerlässlich, dass der Arbeitgeberbeitrag bei 7 % festgeschrieben wird und nicht weiter steigt.

Arzneimittelkosten

Zudem müssen endlich die Arzneimittelkosten begrenzt werden. Dass hier Minister Rösler der Pharmaindustrie einen harten Kurs angekündigt hat, findet meine volle Unterstützung.

Steuersystem umkrepeln

Uneingeschränkt Unterstützung verdient die Absicht der Bundesregierung, das gesamte **Steuersystem** zu reformieren. Die Steuern sollen einfacher, niedriger und gerechter werden. Doch mit einer Hauruck-Lösung kommen wir nicht weiter. Wir müssen auch die Finanzierbarkeit berücksichtigen. Und hier ist noch vieles unklar.

Einkommensteuer – Tarifverlauf und kalte Progression

Wir begrüßen, dass in diesem Zusammenhang die kalte Progression entschärft und der Mittelstandsbauch beseitigt werden soll. Und auch die beabsichtigten Korrekturen im Tarifverlauf der Einkommensteuer sind alte Forderungen des Handwerks. Unwidersprochen gilt, dass Steuerentlastungen immer noch das beste Konjunkturprogramm sind. Dabei darf natürlich die vom Handwerk bereits seit längerem geforderte Anhebung des Steuerbonus für Handwerkerleistungen auf 4.000 € nicht vergessen werden.

LADENSCHLUSS

In Bayern gilt das alte Bundes-Ladenschlussgesetz

Keinerlei Verständnis habe ich angesichts der nach wie vor schlechten Kostensituation unserer Betriebe für die wieder aufflammende Ladenschlussdiskussion. Wie Sie wissen, hat Bayern als einziges Bundesland nach wie vor das alte Bundes-Ladenschlussgesetz. Und das ist gut so! Dafür haben wir gekämpft, als im Jahre 2006 die Ladenöffnungszeiten in der politischen Diskussion waren. Gemeinsam mit den bayerischen Metzgern haben wir alle 180 bayerischen Landtagsabgeordneten angeschrieben und darauf gedrängt, keiner Ausweitung der Ladenöffnungszeiten zuzustimmen. Unser massiver Vorstoß hatte Erfolg, so dass es bei der seinerzeitigen Regelung (wochentags bis 20:00 Uhr, an Sonn- und Feiertagen max. 3 Stunden) blieb.

Gespräch mit Ministerpräsident Seehofer

Jetzt steht das Thema auf Drängen der FDP wieder auf der Tagesordnung. In meiner Funktion als BHT-Präsident habe ich Ministerpräsident Horst Seehofer mit

Hinweis auf den drohenden Verdrängungswettbewerb und auf die sich abspielenden Konzentrationsprozesse ersucht, gegen eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten zu votieren.

Evaluationsbericht – Ausweitung bringt keine Vorteile

Ich habe mich dabei auf den kürzlich vom Bayerischen Arbeitsministerium vorgelegten „Evaluationsbericht Ladenschluss“ berufen, der die Erfahrungen der einzelnen Bundesländer und Verbände mit den jeweiligen Neuregelungen des Ladenschlussrechts auf Landesebene darstellt. Die vom Handwerk seit jeher vertretenen Positionen wurden sehr eindrucksvoll bestätigt. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass eine weitere Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zu keiner Mehrbeschäftigung und zu keinen Umsatzsteigerungen führt. Stattdessen sind Umsatzverlagerungen in 1a-Lagen zu Lasten von Handwerk und Mittelstand festzustellen, was andererseits eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung zusätzlich erschwert.

LSG hat einen sozialen Aspekt

Horst Seehofer hat vor dem Hintergrund dieses Berichts unmissverständlich deutlich gemacht, dass gemäß unserer Argumentation der Ladenschluss nicht nur wirtschaftliche Relevanz hat, sondern auch zur Strukturierung des sozialen Lebens beiträgt. Er gewährleistet, dass die Beschäftigten im Handel und im verkauften Handwerk zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu Zeiten befähigt werden, die auch andere Berufstätige diesem Zweck widmen. Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten lässt sich nach Seehofer nicht mit einer glaubwürdigen Familienpolitik vereinbaren.

Kampf um die Sonntagsruhe

Wir haben darüber hinaus als Landes-Innungsverband Staatsministerin Haderthauer gebeten, vor allem auch den Sonn- und Feiertagen besonderes Augenmerk zu widmen. Insbesondere macht uns Sorge, dass sich verschiedene Betriebe über den Umweg einer Gaststättenkonzession am Sonntag längere Öffnungszeiten „erkaufen“ und diese darüber hinaus auch noch widerrechtlich nutzen, indem sie ihr komplettes Sortiment zum Kauf anbieten. Dies widerspricht ar-

beitsmarktpolitischen, wettbewerbspolitischen, sozialpolitischen und auch gesellschaftspolitischen Grundsätzen.

Keine Selbstausbeutung

Die vom Gesetzgeber zugelassene 3-stündige Sonntagsöffnung ist ein vernünftiger Kompromiss, der eingehalten werden muss. Wir können unseren eigenen Kindern nicht zumuten, einen Beruf zu ergreifen, bei dem eine 7-Tage-Woche und ein Scheitern privater Bindungen und eines ausgewogenen Familienlebens vorprogrammiert sind.

Sonntagsschutz wird ausgehöhlt

Leider beobachten wir, dass eine Reihe von (überwiegend) Discountbetrieben eine aggressive Marktstrategie fährt und die geltende Rechtslage gezielt umgeht. Hierzu liegen uns bereits Beschwerden aus unseren Innungen vor. Es darf nicht soweit kommen, dass durch ein solches Geschäftsgebaren das Gesetz ausgehöhlt wird. Ministerin Haderthauer hat uns wissen lassen, dass sie dem Schutz des Sonntags oberste Priorität einräumt und die zuständige Fachabteilung in ihrem Hause mit den Missbrauchsfällen befasst hat. Sie weist aber – zu Recht – auch darauf hin, dass die direkte Zuständigkeit bei den Verwaltungsbehörden (Gewerbeaufsichtsämter) liegt. Wir können die Interessen unserer Betriebe im politischen Raum nur dann glaubhaft vertreten und die zuständigen Politiker nur dann in die Pflicht nehmen, wenn an der Basis die notwendigen Schritte gegangen werden.

Verstöße vor Ort ansprechen

Die Devise „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ hilft uns nicht weiter. Jeder Fall muss vor Ort zur Sprache gebracht werden. Wenn dann die Behörden vor Ort nichts unternehmen, weil sie um den politischen Frieden fürchten oder ihre Fremdenverkehrsgäste nicht einschränken wollen oder sonstige Gründe vorge-schoben werden, werden wir gerne in der obersten Dienstbehörde – dem Ministerium – auf unmittelbaren Vollzug drängen – und zwar mit Nachdruck.

LEBENSMITTELKONTROLLEN

Task Force sorgte für Unruhe

Im letzten Jahr haben die Schwerpunktuntersuchungen der amtlichen Lebensmittelüberwachung in Bäckereien und Konditoreien für viel Unruhe gesorgt. Wir haben in mehreren Gesprächen mit der Verwaltungsspitze und der zuständigen Abteilung des Bayerischen Gesundheitsministeriums das Auftreten und die Befunde der Spezialeinheit „Lebensmittelsicherheit“ – zum Teil in Vor-Ort-Terminen – eingehend erörtert und dafür gesorgt, dass die Kontrollen wieder mit vernünftigem Augenmaß durchgeführt werden.

Rahmenvertrag zur Hygienebetreuung

Über den Abschluss eines Hygienebetreuungs-Rahmenvertrages mit der Firma Renocek haben wir den Betrieben zusätzlich ein Instrument an die Hand gegeben, welches die Eigenanstrengungen wirksam unterstützt.

Gespräche mit Lebensmittelkontrolleuren

Den Dialog mit der amtlichen Überwachung, den wir bereits in der Vergangenheit regelmäßig gepflegt haben, werden wir auch künftig fortsetzen. Erst kürzlich haben wir beim traditionellen Treffen mit den Kontrolleuren und dem zuständigen Abteilungsleiter im Verbraucherschutzministerium im Rahmen der IHM deutlich gemacht, dass die Kirche im Dorf bleiben muss und z.B. die gerade im süddeutschen Raum neu entstandenen Produktionsstätten der Brotindustrie nicht zum Maß der Dinge hochstilisiert werden dürfen. Unsere Betriebe haben eine gewachsene Struktur, die es bei den amtlichen Kontrollen zu berücksichtigen gilt. Wir lassen uns nicht kaputtkontrollieren.

LEBENSMITTELRECHT

Schwerpunkt Deklarationsregeln

Gleiches gilt auch für die seit Jahren von der Europäischen Union unternommenen Versuche, über immer neue Vorschriften im Lebensmittelrecht das tägliche Leben zu vereinheitlichen. Insbesondere die ungezügeltere Deklarationspolitik der EU findet unseren schärfsten Widerstand.

„Salzstreit“ mit der EU

Bekanntestes Beispiel war im abgelaufenen Jahr die Absicht der EU, für Backwaren einen maximalen Salzgehalt vorzuschreiben, bei dessen Überschreitung man nicht mehr mit dem Gesundheitsaspekt werben durfte. Wir können zu Recht und mit Stolz behaupten, von Bayern aus die bundesweite Diskussion bestimmt und die grundsätzliche Marschrichtung gegenüber der EU vorgegeben zu haben. Zahlreiche – auch internationale – Medien haben wir im letzten Jahr immer wieder mit Informationen versorgt und auch deren Sympathie und Unterstützung erhalten. Ein über 15-minütiger Beitrag in der Abendschau des Bayerischen Fernsehens war mit der Höhepunkt unserer Mobilisierungskampagne.

Mitstreiter Markus Ferber

Unser heutiger Festredner Markus Ferber hat uns in unserem Kampf maßgeblich unterstützt, wofür wie Ihnen, Herr Ferber, außerordentlich dankbar sind. Wir kommen im vereinten Europa mit unseren Interessen nur weiter, wenn wir profilierte Mitstreiter an zentraler Stelle haben. Mitstreiter, die – wie Sie – unsere Sorgen und Nöte ernst nehmen und nicht davor zurückscheuen, für uns Partei zu ergreifen – auch wenn sie sich dadurch in vielen EU-Kreisen nicht gerade beliebt machen. Hierfür an dieser Stelle ein ganz herzliches „Vergelt’s Gott!“.

Beschluss des EU-Umweltausschusses

Unser Widerstand zeigt Erfolge: Am 16. März hat sich der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments für die Streichung des Artikels 4 der sogenannten Health-Claims-Verordnung ausgesprochen, in dem die Nährwertprofile verankert sind. Damit wäre die Basis für Maximalwerte bei Inhaltsstoffen – und somit auch für maximale Salzgehalte bei Brot – hinfällig.

Warten auf das EU-Parlament

Das letzte Wort hat das EU-Parlament. Es wird im Mai oder Juni entscheiden, ob es dem Vorschlag des Umweltausschusses folgt und die Nährwertprofile aus der Verordnung herausnimmt. Hier setzen wir sehr stark darauf, sehr geehrter Herr Ferber, dass es mit Ihrer Hilfe gelingt, im Parlament eine Mehrheit hierfür zu be-

kommen, damit die unsägliche Salz-Diskussion endlich einmal beendet werden kann.

Ampelkennzeichnung

Auch bei einem zweiten zentralen Anliegen vertrauen wir auf Ihre Unterstützung, zumal es auch hier ein eindeutiges ablehnendes Votum des Umweltausschusses gibt. Gemeint ist die sogenannte Ampelkennzeichnung für Lebensmittel. Deren Ablehnung durch den Ausschuss ist ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg, eine missdeutige und für viele Ernährungsfragen zu falschen Schlussfolgerungen führende Kennzeichnung zu verhindern. Wir haben lange gegen die Einführung der Ampelkennzeichnung gekämpft - unsere Bemühungen sind jetzt belohnt worden.

Dank an Bundesministerin Ilse Aigner

Die Freude über diesen Erfolg verbinde ich mit dem Dank an all diejenigen, die uns in diesem Kampf unterstützt haben. Insbesondere möchte ich Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner danken, die die Argumente des Bäckerhandwerks aufgegriffen und in Brüssel platziert hat. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass bürokratische Regelungen, nur weil sie einfach und leicht einprägsam erscheinen, noch lange nicht gut sein müssen.

Deklaration praktikabel gestalten

Aber wir müssen weiterhin wachsam bleiben. Zum einen geben die Ampel-Befürworter so leicht nicht auf. Zum anderen ist mit dem NEIN zur Ampel noch lange nicht die Nährwertkennzeichnung vom Tisch. Alle politischen Parteien wollen hier etwas tun. Es geht jetzt um die Frage, wie – wenn nicht nach dem Ampel-Schema – die Nährwerte gekennzeichnet werden sollen.

Ausnahme für lose Waren

Mit Blick auf die im Mai anstehenden Beratungen im Plenum des Europäischen Parlaments wollen wir nun klargestellt wissen, dass die nach wie vor im Raum stehende Nährwertkennzeichnung entsprechend den bisher geltenden Vorschriften ausschließlich für Fertigpackungen gelten wird. Es darf nicht sein, dass Vorschriften, die für Industriebetriebe und Handelskonzerne aufgrund deren Logistik und Verwaltung ohne Mühe bewerkstelligt werden können, auf dem Rücken des

Handwerks ausgetragen werden. Aufgrund der in den Fachgeschäften des Handwerks vorhandenen Beratungsintensität ist eine Kennzeichnung wie bei Fertigpackungen überflüssig.

Unterstützung durch das Bundes-Verbraucherschutzministerium

Wir haben unsere Position nicht nur Ihnen, sehr geehrter Herr Ferber, sondern auch der Bundesernährungsministerin mitgeteilt. Staatssekretär Gerd Müller, der im letzten Jahr in Landshut die Festrede gehalten hat, hat uns gerade in der letzten Woche mitgeteilt, dass unsere Position in Bonn und Berlin geteilt wird. Nun bitten wir auch Sie, sehr geehrter Herr Ferber, unsere Argumente in den Meinungsbildungsprozess in Brüssel und Straßburg einzuspeisen.

Erfolgreiche LIV-Medienarbeit

Ich darf an dieser Stelle erwähnen, dass unser Verband in seiner Medienarbeit mittlerweile hervorragende Kontakte hat knüpfen können. Bereits des Öfteren haben wir lebensmittelrechtliche Probleme im Bayerischen Fernsehen – insbesondere in der Sendung „Jetzt red I“ und „Jetzt red I – Europa“ – platzieren können. Im letzten Jahr war es das Salzthema, im Februar diesen Jahres waren es die Kennzeichnungspläne der EU, am letzten Mittwoch wurde zum Salzstreit nachgehakt und im Mai hat man uns zugesichert, die Ausweitung des Mutterschutzes zu thematisieren. Welcher Handwerksverband kann eine derartige Fernsehpräsenz aufweisen? Mit Genugtuung habe ich in der Ankündigung der letzten „Jetzt red I – Europa“ – Sendung durch den BR gelesen: „Der Gang an die Öffentlichkeit hat sich für die Bäcker gelohnt!“.

EU-Hygienerecht

Erschreckend ist, dass sich viele Brüsseler Regelungen in der Praxis ganz anders auswirken als sie am Grünen Tisch angedacht waren. Dies zeigt sich u.a. an den EG-Hygiene-Verordnungen 852/2006 und 853/2006. Aufgrund unklarer Abgrenzungen geben sie den nationalen Behörden immer wieder Anlass, verschärfte Umsetzungsregelungen zu erlassen.

LIV-Erfolg: keine Hühnerei-Zulassungspflicht für Bäckereien

Vor zwei Jahren forderten die Überwachungsämter eine **Zulassungspflicht für die Verarbeitung frischer Hühnereier**. Diese haben wir nach einem zähen Ringen mit den Verbraucherschutzministerien im Bund und in Bayern letztlich vom Tisch bringen können.

Auch Zulassungspflicht für Wurstverarbeitung ist vom Tisch

Völlig unverständlich und überraschend kam für uns, dass die gleichen Behörden im letzten Jahr eine Zulassungspflicht für das Verarbeiten von **Wurst- und Schinkenwaren sowie Käse** (z.B. bei der Snackherstellung) verlangten. Das ging sogar soweit, dass Bäckereien bereits dann diese Zulassung beantragen sollten, wenn sie Wurst oder Käse beim Großhändler (BÄKO) kaufen und im Hauptbetrieb portionieren, um dann diese Portionen an ihre Filialen zu liefern. Hätten wir nicht auch hier das ganze Gewicht unseres Verbandes in die Waagschale geworfen, hätten unsere Betriebe seit Beginn diesen Jahres alle eine gesonderte Zulassung haben müssen, die viel Zeit, Papier und Kosten verursacht hätte. Faktum ist, dass auch diese unsinnige Regelung mit Hilfe der Bayerischen Staatsregierung abgewendet werden konnte.

Unverständnis über EU-„Regulierungswut“

Wir fragen uns, ob es in einem vereinten Europa nicht wichtigere Dinge gibt, als hart arbeitenden Betriebsinhabern das Leben schwer zu machen. Wir gehen davon aus, dass im Bäckerhandwerk mit der VO(EG) 852/2006 ein erschöpfendes Regelwerk besteht und weitere EG-Vorschriften für den Hygienebereich nicht erforderlich sind. Dies muß ein für alle Mal klargestellt werden.

GENTECHNIK

Problem: genveränderter Leinsamen

Der Import genveränderten Leinsamens aus Kanada hat deutlich gemacht, dass wir in vielen Bereichen mit Radikallösungen nicht weiter kommen. Unsere Betriebe wurden mit einer Welle von Sonderuntersuchungen und Probenziehungen überrollt. In vielen Fällen mußten Rohstoffe vernichtet und zum Teil sogar Fertigprodukte vom Markt genommen werden. Unsere Betriebe sind solchen Entwicklun-

gen, für die sie absolut nichts können, unbeschützt ausgeliefert. Sie können nicht immer wieder von Neuem Risiken auf sich nehmen, für die es unter dem Blickwinkel des Produkthaftungsgesetzes keine Rückversicherungsmöglichkeit gibt. Wir brauchen auch für nicht in der EU zugelassene genveränderte Organismen dringend einen praxistauglichen EU-einheitlichen Toleranzwert. Die Nulltoleranz ist nicht einhaltbar, gentechnikfreie Zonen im Sinne absoluter Reinheit sind eine Illusion.

TACHOGRAPHENPFLICHT

Bürokratieabbau beim handwerklichen Güterverkehr

Beim Güterverkehr ist die längst fällige Entbürokratisierung immer noch nicht vollzogen. Das Bäckerhandwerk stört die Tachographenpflicht für leichte Transporter. Um die seit 4 Jahren bestehende Verordnung wieder auf ihren eigentlichen Zweck der Kontrolle des Transportgewerbes zu konzentrieren, hat das Handwerk der EU-Kommission vorgeschlagen, regional tätige Handwerksbetriebe gezielt von den Kontrollvorschriften auszunehmen. Dieser Vorschlag wurde im Mai 2009, maßgeblich aufgrund des Engagements von Ex-Ministerpräsident Dr. Stoiber, mit dem Entbürokratisierungspreis der Kommission ausgezeichnet.

Kleintransporter sind für das Handwerk besonders wichtig

Vor diesem Hintergrund ist uns völlig unverständlich, warum jetzt ein Änderungsantrag eingebracht wurde, demzufolge auch Fahrzeuge unter 3,5 Tonnen – zumindest ab 2,8 Tonnen – Gesamtmasse in die Pflicht zur Nutzung von Tachographen einbezogen werden sollen. Dadurch wären selbst kleinste Transporter und gewerblich genutzte PKW einbezogen – und zwar überwiegend bei Betrieben, deren Haupttätigkeit nicht das Fahren ist, sondern die lediglich ihre eigenen Arbeitsmaterialien und Verbrauchsgüter im lokalen und regionalen Umfeld transportieren. Wir haben vom BHT aus hiergegen protestiert. Edmund Stoiber hat es als unglaublich bezeichnet, gegen welche Widerstände man beim Bürokratieabbau ankämpfen muss. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ferber, seine Anstrengungen zu unterstützen und der vom Handwerk vorgeschlagenen Regelung zum Erfolg zu verhelfen.

AUSWEITUNG DES MUTTERSCHUTZES

20 und zusätzlich noch zwei Wochen

Allergrößte Sorgen bereitet uns die Entwicklung im Bereich des Mutterschutzes. Am 23. Februar 2010 hat der „Ausschuss für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter“ (Frauenausschuss) des EU-Parlaments beschlossen, die Mutterschutzfristen von 14 auf 20 Wochen zu verlängern. Hinzukommen sollen auch noch 2 Wochen Vaterschaftsurlaub – ein gefährlicher Einstieg in eine neue Denkebene. Eine derartige Ausdehnung würde die Betriebe teuer zu stehen kommen.

Arbeitgeber zahlen

Immerhin haben die Arbeitgeber in Deutschland drei Viertel des Mutterschaftsgeldes, rund 1,6 Mrd. Euro jährlich, selbst zu finanzieren. Vor diesem Hintergrund würde eine Ausweitung der Mutterschutzfristen von 14 auf 20 Wochen bei voller Lohnfortzahlung eine Steigerung der Mutterschaftsaufwendungen der Betriebe um rund 700 Millionen € pro Jahr bedeuten und so zu einem deutlichen Einstellungshindernis für Frauen werden. Dies würde gerade die Lebensmittelhandwerke wie Bäcker, Konditoren und Metzger treffen, die in sehr großer Zahl Frauenarbeitsplätze bereitstellen.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Als besonders erschwerend kommt hinzu, dass das von der Krankenkasse zu zahlende Mutterschaftsgeld seit 1968 mit 13 Euro pro Kalendertag unverändert geblieben ist und die jährlich größer werdende Differenz zum täglichen Nettoentgelt die Arbeitgeber mittlerweile über Gebühr belastet. Ich habe 2003 mit einem Fall aus meinem eigenen Betrieb ein Bundesverfassungsgerichtsurteil erwirkt, mit dem die frühere Regelung zur mutterschutzrechtlichen Lohnfortzahlung wegen der damit verbundenen Benachteiligung von Frauen für verfassungswidrig erklärt und gleichzeitig deutlich gemacht wurde, dass die Verlagerung der Mutterschutzkosten auf die Arbeitgeber zum damaligen Zeitpunkt verfassungsrechtlich gerade noch erträglich und hinnehmbar war. Würden nun die Kosten für die Unternehmen um ca. 700 Millionen € pro Jahr erhöht, so wären die Grenzen zur Verfassungswidrigkeit definitiv überschritten.

Weitere Entwicklung

Auch hierzu haben wir Ihnen, sehr geehrter Herr Ferber, unsere Position mitgeteilt und um Unterstützung gebeten. Gerne hören wir hierzu, wie die Sache weitergeht. Wird es gelingen, weitere Belastungen vom Handwerk fern zu halten?

BÄCKERHANDWERK – EINE BRANCHE IM WANDEL

Strukturwandel schreitet fort

Das Bäckerhandwerk ist nach wie vor ein bedeutender Faktor im gesamten Backwarenmarkt; in Bayern gilt das ganz besonders. Den Strukturwandel hin zu größeren und effizienteren Betrieben können wir jedoch nicht aufhalten. Entscheidend wird sein, dass wir unsere Interessen am Markt und in der Politik mit Geschlossenheit vertreten – auch gegen Widerstände.

Angriff auf den Frühstücksmarkt

Der Angriff von branchenfremden Anbietern auf traditionelle Marktsegmente des Bäckerhandwerks wird weitergehen. Ganz aktuell ist hier der Versuch der Systemgastronomie zu beobachten, groß in das Frühstücksgeschäft einzusteigen. Aufgrund ihrer Finanzkraft und ihrer Organisationsstärke ist die Systemgastronomie ein überaus gefährlicher Wettbewerber. Deshalb haben wir im vergangenen Herbst in Bayern die Pilotphase von „Richtig Frühstück – kinderleicht“ durchgeführt. Sie war der Auftakt zu einer mehrjährigen Kampagne zur Verteidigung unserer Anteile am Frühstücksmarkt. Die Aktion wurde Anfang dieses Jahres auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet.

Bayerischer LIV = Frühstückspionier

In Bayern sind wir schon wieder einen Schritt weiter und haben am 12. April den Startschuss zu „Frühstücksfreunde“, einer Gemeinschaftsaktion der Verbände und der BÄKO im süddeutschen Raum, gegeben. Die Beteiligung gerade hier in Bayern zeigt, dass das die bisher beste Kampagne ist. Uns erreichen zahlreiche Anfrage anderer Verbände und auch der Fachmedien, wie wir diese großartige Beteiligung hinbekommen haben. Soviel darf ich verraten: Von alleine geht das nicht – da steckt viel Engagement hinter.

„Backautomaten“ in Supermärkten

Wir werden uns auch verstärkt mit neuen Backwarenproduzenten auseinandersetzen müssen, die bisher noch nicht im Markt agiert haben. Hier meine ich vor allem die Backautomaten, die in einer bundesweit agierenden Supermarktkette flächendeckend in Süddeutschland eingeführt werden. Dabei ist das nur der Pionier – andere werden folgen, wenn das Konzept überzeugt. Schon seit geraumer Zeit beobachten wir, dass Handwerksbäcker systematisch aus Vorkassenzonen hinausgedrängt werden und der Handel selbst den Backwarenverkauf übernimmt.

Überkapazitäten nehmen zu

Letztlich werden wir uns eines zunehmenden Verdrängungswettbewerbs zu erwehren haben. Systematisch werden Kapazitäten aufgebaut – in der Brotindustrie ebenso wie im Einzelhandel. Dadurch werden die bereits im Markt agierenden handwerklichen Backwarenproduzenten unter Druck gesetzt werden. Das sind alles Produktionsstätten, die ausgelastet sein wollen. Da der Backwarenmarkt aber bereits gesättigt ist, kann das nur über einen gnadenlosen Preiskampf geschehen. Dem müssen wir mit einer überzeugenden Qualitätsstrategie eine klare Antwort entgegensetzen. Preiskämpfe werden wir aufgrund der sinkenden Skaleneffekte bei den Großanbietern verlieren. Die Rückbesinnung auf und die Stärkung der Produzentenkompetenz ist der einzige Weg, der zum Erfolg führt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.